

Peter Schlotter

Jenseits von nuklearem Pazifismus und Antiamerikanismus?

Zur Außenpolitik von Bündnis 90/Die Grünen

HSFK-STANDPUNKTE 5/1997



Hessische
Stiftung
Friedens- und
Konfliktforschung

Im Dezember letzten Jahres entschied der Bundestag über die Verlängerung des Einsatzes deutscher Truppen in Bosnien-Herzegowina. Joschka Fischer hatte für eine - bedingte - Zustimmung geworben, sah die Grünen andernfalls auf dem Weg ins politische Abseits, mitschuldig an der Demontage des brüchigen Friedens von Dayton. Ludger Volmer, Vertreter der Linken in der Fraktion, glaubte "Joschka" beim wiederholten Versuch zu erwischen, "gerade mit wehenden Fahnen ins Lager von Verteidigungsminister Rühle" überlaufen zu wollen...

Was aussah wie eine Wiederauflage der scharfen Auseinandersetzungen auf früheren Parteitag zwischen bedingungslosen PazifistInnen und BefürworterInnen militärischer Interventionen bei Völkermord und massiven Menschenrechtsverletzungen, wurde dann doch zu einem innerfraktionellen Konsens heruntergekocht: Man einigte sich auf einen Entschließungsantrag, der eine Verlängerung des Bosnien-Einsatzes befürwortete, allerdings unter der Bedingung, daß er nach sechs Monaten in ein Peace-keeping unter UN-Kommando überführt würde. Ein geschickter Kompromiß - wichtig für das innerparteiliche Klima, wenn auch praktisch folgenlos. Zwar ist die Forderung, die UNO zu stärken die richtige Perspektive, doch wußte jeder, daß im Falle Bosniens außer den Grünen niemand die Vereinten Nationen mit dieser Aufgabe betrauen will!

Der Beschluß zeigt das grüne Dilemma auf: Die Grünen entfernen sich zwar langsam von ihren alten Idealen, das bringt sie aber in eine innere Zerreißprobe. Die außenpolitischen Vorschläge, die sie machen, sollten einerseits den innerparteilichen Frieden sichern und Oppositionsprofil zeigen. Andererseits sind sie oft nicht realitätstüchtig.

Wie kann eine Politik aussehen, die es anders als die Regierung machen will und zugleich nicht allzu realitätsfern ist? Wie soll sich z.B. ein Außenminister Fischer verhalten, wenn seine Kollegen aus den NATO-Mitgliedstaaten die Fortsetzung der SFOR-Mission mit einem erhöhten europäischen Anteil beschließen und diese auch weiterhin nicht der UNO unterstellen? Vielleicht will die UNO ja auch gar nicht SFOR 2 übernehmen, weil ihr der Auftrag zu heikel oder zu teuer ist. Folgt der grüne Außenminister der bisherigen Parteilinie, so stimmt er im NATO-Ministerrat dagegen - das ist auch sein Beitrag zur "schrittweisen Abschaffung" des Bündnisses. Im Prinzip wäre damit SFOR 2 geplatzt, da der Ministerrat im Konsens entscheidet. Falls SFOR 2 auf einer einzelstaatlichen Kooperationsbasis der restlichen NATO-Mitglieder fortgesetzt wird, zieht dann die Bundeswehr mit klingendem Spiel ab? Welchen massiven Druck würden die Verbündeten auf Bonn ausüben, um zu verhindern, daß dies passiert? Wie würde die Bundesregierung mit der absehbaren Isolierung Deutschlands umgehen? Würde dann nicht gleich die Koalition - mit welcher Partei auch immer - platzen?

Ganz offensichtlich stehen die Grünen vor einer außenpolitischen Weggabelung. Sie haben zwar den Willen zur Regierungsbeteiligung, in außenpolitischen Fragen ist jedoch unklar, wie sie die Aufgaben inhaltlich wahrnehmen würden.

Die Medien delectieren sich gerne an der vielgepriesenen Diskursfähigkeit der Grünen, der Unterhaltungswert ihrer innerparteilichen Auseinandersetzungen ist ohne Zweifel hoch. Zwischen dem Spaß am Streit anderer und der Bereitschaft, die Kampfhähne und Kampfhenken auch zu wählen, liegen aber Welten. Das Wahlvolk möchte dann doch genauer wissen, wie sich denn die Grünen im Falle einer Regierungsbeteiligung in außenpolitischen Fragen konkret verhielten.

Die Grünen haben das Problem, gegensätzliche Erwartungen befriedigen zu müssen. Die Stammwählerschaft erwartet das Festhalten an der grünen, antimilitaristischen Grundhaltung, WechselwählerInnen eher nicht. Damit ist der Spagat vorprogrammiert. Zur grünen Selbstdefinition gehörten immer Gewaltfreiheit und Antimilitarismus. Die Fragen, wie Politik mit Militär umzugehen habe, wie die NATO zu bewerten ist und welche Rolle die UNO einnehmen soll, nehmen daher bei den Grünen einen viel zentraleren Stellenwert als bei den anderen Parteien ein. Ihre Beantwortung berührt den Kern des außenpolitischen Selbstverständnisses. Vielleicht entscheidet sich daran die nächste Bundestagswahl.

Zwischen Mutlangen und dem Mauerfall - Die Grünen und der Nuklearpazifismus

Die Grünen (und ihr dazugehöriges intellektuelles und lebensweltliches Milieu) sind ein typisches Kind der westdeutschen Bundesrepublik. Ihre antimilitaristischen Wurzeln sind die Traditionen der linken, pazifistischen, neutralistischen und z.T. prokommunistischen Oppositionsbewegungen gegen die Westintegration und die Wiederbewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine anderer Herkunftsstrang sind Individuen und Gruppen der Studentenbewegung, die Achtundsechziger, deren prägende politische Sozialisationserfahrung der Vietnamkrieg war. Aus beiden Wurzeln rühren der Traditionsbestand antiimperialistischer Grundeinstellungen, meist konkret des Antiamerikanismus. Der dritte Strang besteht in der Ökologiebewegung, die in den siebziger Jahren nicht ganz frei von lebensphilosophischen oder bäuerlicher Schollenmystik war - einige der Gründerfiguren der Grünen kamen ja von rechts. Die vierte Wurzel waren der Feminismus und die Frauenbewegung. Das alternative Milieu, in dem und aus dem die Grünen Ende der siebziger Jahre entstanden, wuchs aus der Enttäuschung über die sozialdemokratische Politik unter Helmut Schmidt, ihrer Fixierung auf wirtschaftliches Wachstum, auf "Beton" und "Atom". Mit einem gewissen Recht konnte Willy Brandt sagen, die Grünen seien ein Kind der SPD, und er versuchte ja auch, die verlorenen Söhne und Töchter wieder in die Partei heim-zuholen.

Die Veränderung der weltpolitischen Lage, insbesondere die Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion seit dem Ende der siebziger Jahre, lieferte den historisch einmaligen Anlaß, daß sich die bisher diffusen und zerstreuten Bewegungen und ihr Milieu in den achtziger Jahren gegen ein Ziel bündelten: Die Verhinderung der nuklearen "Nachrüstung" und eines "Zweiten Kalten Krieges". Pazifisten, Prokommunisten, Neutralisten, Antiimperialisten, Feministinnen, Gegner der Atomkraft und Ökologen waren sich einig: "Nie wieder Krieg!" und "Weg mit den US-Raketen von deutschem Boden, dem künftigen "Schlachtfeld der Supermächte". Herausragende Ereignisse des Protestes waren 1982 die Menschenketten, die größte Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik mit der Schlußkundgebung auf dem Bonner Hofgarten 1982 und die Blockaden in Mutlangen 1983.

Die Friedensbewegung von damals orientierte sich vor allem an einem Nuklearpazifismus. Dies hing mit dem atomaren Wettrüsten generell zusammen. Begrenzte konventionelle Kriege in Europa waren wegen der nuklearen Eskalationsgefahr unwahrscheinlich, die anderen Kriege waren weit weg und ein Einsatz deutscher Soldaten dort stand nicht zur Debatte. Letztlich war ihr Pazifismus getragen durch eine Balance der Supermächte, die den Krieg zwar weltzerstörerisch, aber auch extrem unwahrscheinlich gemacht hatte, wenn auch um den Preis einer nicht enden wollenden Rüstungsspirale.

Der Nuklearpazifismus als tragendes einigendes Moment der Friedensbewegung und der Grünen war nicht frei von spezifischen Wahrnehmungen, die der Spezifik der deutschen Vergangenheit geschuldet waren. Beide waren in ihrer Mehrheit - wie fast überall in Europa - gegenüber der sowjetischen Militärmacht nicht immer genügend sehscharf, gelegentlich blind-naiv - und ihre Stoßrichtung war antiamerikanisch. Das spezifisch Deutsche daran war, daß Deutschland (und zwar BRD und DDR zusammen!) mit dem Bild vom "Schlachtfeld der Supermächte" als Opfer wahrgenommen wurde.

Als Folge der politischen Geographie, wie sie sich im Gefolge des Zweiten Weltkrieges herauskristallisiert hatte, war an dieser Beobachtung viel Richtiges. Die Opfermetapher war aber auch Ausdruck einer ganz tief sitzenden Verankerung dieses Nuklearpazifismus in demjenigen Teil der deutschen Gesellschaft, der besonders sensitiv mit der Nazivergangenheit umging und sich als "antifaschistisch" verstand. Die Kinder der Täter von damals stilisierten sich nämlich zu neuerlichen potentiellen Opfern der westlichen Sieger und verarbeiteten damit die für sie schwer zu akzeptierende Tatsache, daß die Welt vom Faschismus nicht von den Deutschen selbst befreit wurde, sondern von den Russen und Amerikanern - durch Gewalt und Krieg. Mit der dezidierten Betonung des Pazifismus zogen sie ihre Konsequenz aus Auschwitz und dem Zweiten Weltkrieg.

Mit dem Begriff des "nuklearen Holocausts" sollte zum einen der unglaubliche Zynismus bezeichnet werden, mit dem in der Nuklearkriegsstrategie die Vernichtung der gesamten Menschheit einkalkuliert

wurde, selbst wenn dies als Abschreckung gedacht war. Zum anderen diente er aber unbewußt auch einer Relativierung von Auschwitz, indem damit der Mord an den Juden und der Atombombenabwurf auf Hiroshima in eins gesetzt wurden. Damit hatten die Sieger auch ihr Völkermordverbrechen, und die tiefsitzende kollektive Kränkung der Deutschen durch die militärische Kapitulation wenigstens durch ihre jetzige Opferrolle kompensiert werden.

Der Nuklearpazifismus der Grünen in den achtziger Jahren war ein tief mit der Verarbeitung des Faschismus verwurzeltetes "Weltbild", das nur sehr schwer und sehr langsam - mit der Realität konfrontiert - veränderbar war.

Die Abrüstung der amerikanischen und sowjetischen Mittel- und Kurzstreckenraketen "auf Null" Ende der achtziger Jahre war auch ein Erfolg der Friedensbewegung. In dieser Situation wurden die Grünen von der Virulenz der nationalen Frage, die zur Vereinigung Deutschlands führen sollte, kalt erwischt. Sie wiesen zwar schon immer innerparteilich eine Strömung auf, die über gute Beziehungen zu den Oppositionsbewegungen in Polen und in der Tschechoslowakei, aber auch zu Friedensgruppen in der DDR verfügte. In Westdeutschland waren einige aus dem grünen Umfeld die einzigen, die die deutsche Frage von "links" aufwarfen, meist im Kontext von Ideen eines wiedervereinigten Deutschlands jenseits der Blöcke, in einem "atomwaffenfreien Europa von Polen bis Portugal". Diese Ideen stießen auch in Mitteleuropa und in der DDR auf Resonanz. Dennoch waren die Grünen und ihr "Milieu" in ihrem mainstream gegenüber der Vereinigung sehr skeptisch eingestellt und fanden sich nur widerstrebend mit den neuen Realitäten ab.

"Kein Blut für Öl!" - Die Grünen und der Golfkrieg

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts war "nichts mehr so, wie es einmal war". Saddam Hussein meinte, die Gunst der Stunde nutzen zu müssen, und kassierte den Erdölstaat Kuwait ein. Das Ende des Kommunismus war absehbar. Die machtpolitische Bipolarität war aufgehoben, der Weltsicherheitsrat handlungsfähig, und die überwältigende Mehrheit der UN-Mitglieder war sich einig in der Verurteilung der irakischen Aggression. Ein Großteil von ihnen war bereit, sich gegebenenfalls für eine militärische Rückeroberung Kuweits zu engagieren, zumal der Irak auch kurz davor zu stehen schien (und auch war), über nukleare und chemische Massenvernichtungswaffen zu verfügen.

Die Bedeutung des Öls als ein zentraler Schmierstoff der Weltwirtschaft tat ein übriges, die Bereitschaft zu einer militärischen Großaktion zu erhöhen. Es ging um Interesse und Moral. Die Situation verkomplizierte sich noch, als Saddam Hussein Israel zur Geisel zu nehmen androhte, wenn die Koalition unter Führung der USA den Irak angriffe. Er kündigte an, er werde Israel mit Raketen, bestückt mit Giftgassprengköpfen, attackieren, die unter Mithilfe deutscher Firmen und Ingenieure entwickelt worden waren.

Den Grünen - wie überhaupt der deutschen Politik und Gesellschaft - stellte sich jetzt zum ersten Mal die Frage, wie sich das vereinte Deutschland in einem Konflikt verhalten sollte, bei dem eindeutig ein Bruch des Völkerrechts vorlag. Ein Staat hatte sich, entgegen internationaler Verträge, Massenvernichtungswaffen zugelegt, bedrohte Israel in seiner Existenz, und die internationale Staatengemeinschaft signalisierte mehrheitlich ihre Unterstützung dafür, daß eine Allianz unter Führung der Vereinigten Staaten notfalls mit militärischer Gewalt den Status quo ante in einer Region wiederherstellen sollte, die von eminenter Bedeutung für die wirtschaftliche - und damit auch für die politische - Stabilität der entwickelten Industriestaaten ist.

Die Grünen verharrten in ihrer überwältigenden Mehrheit auf einer Position, die am Alten festhielt, obwohl sich die Rahmenbedingungen fundamental verändert hatten. Fast unwidersprochen setzte sich der pazifistische Grundkonsens der Nachrüstungsdebatte durch, der lautete: Krieg ist kein Mittel der

Politik! Er darf auch kein Mittel sein, um Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen zu ahnden. Das "ultima ratio" ist nicht der Krieg, sondern das Wirtschaftsembargo.

Noch trug der Konsens, der die Friedensbewegung der achtziger Jahre geeint hatte: "Jeder Krieg ist gleich!" "Kein Blut für Öl!" Dazu kam der Antiamerikanismus, der den USA unterstellte, niedrige imperialistische Ziele mit der Aura des Menschheitsbeglückers zu verbrämen.

Als Saddam Hussein den Versuch der Deutschen, das jüdische Volk zu vernichten, mit Giftgasraketen fortsetzen wollte und die alliierten Bomber angriffen, wurden die Iraker, die schließlich den Krieg angefangen hatten, schnell zum eigentlichen Opfer erklärt. Daß die USA ja nicht einfach ohne Grund gekommen waren, blieb - wie damals in der Verarbeitung des zweiten Weltkrieges - weitgehend unberücksichtigt. Die Bedrohung der Juden fand ein viel geringeres Echo. Dies mag lebensgeschichtlich und psychologisch nachvollziehbar sein. Menschen, die Bombenangriffe erlebt haben, können sich eher in die Situation anderer versetzen, denen Gleiches widerfährt, als in die Angst, mit Gas getötet zu werden. Dies galt auch für eine Generation, die selbst kein Mittäter mehr war, sich aber - trotz aller "antifaschistischer" Abgrenzung - immer noch stark mit ihren Eltern identifizierte.

Mit dem Golfkrieg kam jedoch die nuklearpazifistische Gleichsetzung von Auschwitz und Atomkrieg ins Schwanken. War die durch die Vereinten Nationen legitimierte Intervention gegen den Irak nicht doch etwas anderes als ein nuklearer Schlagabtausch zwischen Supermächten, entweder aus Versehen oder um der Weltherrschaft willen? Erstens erwies sich der Golfkrieg nicht als Krieg mit Massenvernichtungswaffen; zweitens war er doch mehr als eine imperialistische Militärexpedition der USA, er hatte auch eine inhaltliche Legitimation, die zudem durch die Vereinten Nationen abgesichert war; und drittens brach im intellektuellen Umfeld der Grünen über die Frage der Unterstützung Israels der bisherige pazifistische Konsens auf.

Wolf Biermann, dessen Vater in Auschwitz ermordet worden war, schrieb in DIE ZEIT: "Ich bin für diesen Krieg", Hans Magnus Enzensberger sah in Saddam Hussein Hitlers Wiedergänger. Daniel Cohn-Bendit, Micha Brumlik - Politiker der Grünen - und Dan Diner plädierten für die Lieferung von Patriot-Raketen aus deutschen Beständen an Israel, mit denen die irakischen Raketenangriffe abgefangen werden könnten. Über den Golfkrieg hatte die Vergangenheit die Deutschen - und die Grünen - noch einmal eingeholt.

Der Golfkrieg stellte den bisherigen Konsens bei den Grünen - der ja letztlich auch die Mehrheitsposition in der Gesellschaft der Bundesrepublik darstellte -, die Konsequenz von Faschismus und Zweitem Weltkrieg sei "Nie wieder Krieg!" und vor allem "Nie wieder Krieg von deutschem Boden" in Frage. War wirklich der Angriff auf die Sowjetunion 1941 und die Landung der Alliierten in der Normandie 1944 das Gleiche? War - nach der Annexion durch den Irak - die Rückeroberung Kuweits mit dem Mandat der Vereinten Nationen das Gleiche wie die britischen und französischen Kolonialkriege, der Vietnamkrieg oder der sowjetische Einmarsch in Afghanistan? Konnten die Deutschen auf Dauer auf ihren Konsequenzen beharren, die sie aus der faschistischen Barbarei gezogen hatten, wenn andere Völker in der "westlichen Wertegemeinschaft" genau die gegenteiligen Schlußfolgerungen, nämlich den Einsatz militärischer Gewalt in bestimmten Situationen, ins Auge faßten? Jedenfalls führten die Grünen - und das ist eine ihrer großen Leistungen - stellvertretend für die gesamte Gesellschaft in aller Offenheit und Schärfe die Debatte über die Neubestimmung der deutschen Außenpolitik nach dem Ende des Ost-Westkonflikts.

Intervention gegen Völkermord? - Die Grünen und der Krieg in Bosnien

Kaum war die innerparteiliche Debatte über den Golfkrieg erst einmal durch den überwältigenden Mehrheitskonsens für die Beibehaltung der bisherigen Positionen beruhigt, begann der Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Diesmal war es kein Krieg um die Achtung der Souveränität und ums Öl, son-

dern um möglichst ethnisch homogene Territorien. Militärische Feldzüge, Städtebelagerungen, Völkermord und Vertreibung, kurz Krieg und Massaker als Mittel der Politik kehrten nach Europa zurück.

Jetzt ging es darum, ob Gewalt von der internationalen Staatengemeinschaft zur Beendigung von Kriegen und Massenmord angewendet werden dürfe und ob - falls die Antwort bejahend sein sollte - deutsche Truppen beteiligt sein sollten.

In einigen Punkten war die Lage - vor allem in Bosnien - neu. Diesmal waren die Amerikaner nicht die Bösen, es gab keine imperialistischen Interessen, die mit Menschenrechtsparolen hätten verkleistert werden müssen. Und es waren Überlebende des Holocaust in Frankreich und in den USA, die sich angesichts der Massaker an der muslimischen Bevölkerung an das Warschauer Ghetto erinnert fühlten und zur Intervention aufriefen, um den Völkermord zu stoppen.

Ein eigens zur Klärung dieser Frage ausgerichteter Sonderparteitag in der Bonner Beethovenhalle im Oktober 1993 klopfte noch einmal den bisherigen Konsens der Nicht-Intervention fest, wenn auch gegen die Opposition eines knappen Fünftels der Delegierten, die einem Antrag Joschka Fischers zustimmten, im Fall von Völkermord militärische Einsätze nach Kapitel VII der UN-Charta zu befürworten. Krieg dürfe kein Mittel der Politik sein, selbst Blauhelmeinsätze seien für deutsche Soldaten ein Tabu. Das Einzige, worauf sich die Grünen einlassen konnten, war die Befürwortung von Einsätzen möglichst unbewaffneter Polizei. Ansonsten lautete die Botschaft: "Deutschland soll internationaler Kriegsdienstverweigerer werden!"

Eineinhalb Jahre später eröffnete der Länderrat, das zwischen den Parteitag höchsten innerparteilichen Gremium, mit einem - sicherlich mehr durch eine Zufallsmehrheit zustande gekommenen - Beschluß vom 12. Juni 1995 die Debatte neu: "In Fällen wie in Bosnien-Herzegowina, wo eine ethnozentrisch-imperialistische Großmachtspolitik in schrecklichster Weise wütet, kann nicht jeder Einsatz von Zwang und Gewalt von vornherein völlig ausgeschlossen werden, um im Sinne einer (auch pazifistisch gerechtfertigten) Notwehr und Nothilfe das nackte Überleben der Menschen zu sichern."

Das sei - so kritisierte Jürgen Trittin, neben Angelika Beer und Ludger Volmer Hauptakteur auf seiten der linken Grünen "statt einer bloßen Bosnien-Resolution eine umfassende Revision friedenspolitischer Positionen der Partei". Die Erklärung sei der "wohlkalkulierte Türöffner zu einer grundsätzlichen Legitimierung von Krieg als Mittel grüner Politik [...] Wer zum Kampfeinsatz in Jugoslawien ja sagt, wird zudem in Somalia logisch nicht mehr nein sagen können." Statt dessen hätten die achtziger Jahre gezeigt, daß die in der Blockauseinandersetzung entwickelte Handlungsorientierung der Selbstbeschränkung auch in einer Welt sich verschärfender Konflikte der reichen Sieben gegen den armen Rest die besseren Lösungen erbringe.

Jetzt setzte Joschka Fischer dagegen. In einem Offenen Brief an die Parteimitglieder vom 31. Juli 1995 forderte er die militärische Verteidigung der UN-Schutzzonen in Bosnien-Herzegowina. Fischer schloß allerdings noch eine Beteiligung der Bundeswehr in Form von Blauhelmen oder Kampfverbänden wegen der möglichen Eskalationsgefahr aus.

Volmer antwortete mit der Aufforderung: "Greif' zur Waffe, fahr nach Sarajevo!" Bei Kerstin Müller, Claudia Roth, Jürgen Trittin und Ludger Volmer in ihrem Brief vom 31. Oktober 1995 kamen die urgrünen Ressentiments wieder unverschleiert hoch: Fischer wolle ein besserer Volker Rüge sein; die Forderung nach einer Interventionspflicht der UNO bei Völkermord sei das "Einfallstor für eine praktisch umfassende Befürwortung von Kampfeinsätzen"; die "subtile Befürwortung der NATO" stehe im Zusammenhang mit dem weltwirtschaftlichen Selbstbehauptungsinteresse Westeuropas und Deutschlands, von dem auch Fischer ausgehe. Es folgte dann die alte These: bei allen Interventionen der USA ("die nur durch den Völkermord an den nordamerikanischen Indianern hatten entstehen können") seit den zwanziger Jahren, beim Militärputsch in Chile, bei der Invasion auf Grenada, dem Überfall auf Panama, der Blockade von Kuba, dem Vietnamkrieg und dem Wüstenkrieg am Golf "ging es angeblich um Menschen- und Freiheitsrechte". Die Präsidenten hätten sich bei der "Verfolgung des nationalen Interesses fleißig der Wilsonschen Menschenrechtsrhetorik bedient, um ihre eigentlichen Absichten zu verschleiern."

Bei dieser Kurzgeschichte des US-Interventionismus fällt sofort eine große zentrale historische Lücke auf. Mit keinem Wort wird der Erste oder der Zweite Weltkrieg, mit keinem Wort der Holocaust erwähnt. Es war wieder das alte Argument aus dem deutschnationalen Ideologiereservoir: "Deutsche Kultur gegen westliche Zivilisation". Im 19. Jahrhundert hieß es über das "perfidie Albion": "Sie reden von Menschenrechten und meinen Kattun!"

Daneben enthielt der Brief eine Reihe kluger Fragen. Wie lasse sich moralisch begründen, daß die Staatengemeinschaft in einem Konflikt interveniere, im anderen nicht? Bestehe nicht bei konsequenter Anwendung der Interventionspflicht der UNO die Gefahr, in unzählige Konflikte gleichzeitig verwickelt zu werden? Wie solle Völkermord so frühzeitig festgestellt werden, daß ein militärisches Eingreifen rechtzeitig möglich sei? Welche Instanz sollte darüber befinden, ob ein kriegerisches Ereignis als Völkermord zu werten ist? Könne es die UNO-Vollversammlung sein - mit welchen Mehrheiten? Wie stehe es mit Tibet? Sollte man den Begriff des Völkermordes dafür ablehnen, weil man sich nicht mit der (nuklearen) Großmacht China anlegen wolle? Die AutorInnen schließen daraus, daß gegen kleine Verbrecher Intervention nicht nötig, gegen große nicht möglich sei. Aber selbst in mittleren Konfliktlagen gebe es absolut keine Garantie für einen militärischen Sieg.

Deutsche Soldaten nach Bosnien? Der grüne Streit um IFOR und SFOR

Die Bundesversammlung in Bremen vom 1.-3. Dezember 1995 bestätigte noch einmal den bisherigen Konsens mit großer Mehrheit. Die Delegierten teilten sich in drei annähernd gleich große Lager: Erstens diejenigen, die aus grundsätzlichen Überlegungen militärische Einsätze überhaupt ablehnten; zweitens diejenigen, die mit Blick auf die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Grünen die Tür zu Blauhelmeinsätzen (mit leichter Bewaffnung und dem Recht zur Selbstverteidigung) öffnen wollten; und drittens diejenigen, die militärische Einsätze unter der Regie der Vereinten Nationen zur Beendigung von Völkermord für legitim hielten, wenn die zivilen Mittel der Konfliktvermeidung und Aggressionsabwehr nicht mehr greifen. Die letzte Auffassung vereinigte in der ersten Abstimmungsrunde 37 Prozent der Delegiertenstimmen auf sich, was gegenüber ihrer verschwindenden Minderheitenposition auf dem Bonner Sonderparteitag zu Bosnien im Oktober 1993 fast einer innerparteilichen Revolution gleichkam. In der Schlußabstimmung forderte der Parteitag dann die grünen Bundestagsabgeordneten auf, gegen die Entsendung von deutschen Truppen nach Bosnien im Rahmen des IFOR-Kontingents zu stimmen. Daran hielt sich die Hälfte der Fraktion nicht: 22 Abgeordnete stimmten für den Antrag der Bundesregierung, 22 dagegen und fünf enthielten sich.

Die Grünen betonten, sie blieben eine "gewaltfreie und das heißt auch antimilitaristische Partei, die den Einsatz von Militär als Mittel der Politik strikt ablehnt". Sie treten daher für den Einsatz von präventiven Maßnahmen gegen militärische Konflikteskalation ein. Wenn dies erfolglos sei, müsse dennoch die Staatengemeinschaft eine Antwort finden, die effektiv genug sei, einen Aggressor in die Schranken zu weisen, ohne Militär und Militarismus. Daher sind für die Grünen Wirtschaftssanktionen, die ultima ratio der internationalen Friedenserzwingung. Blauhelmeinsätze dürften nur daher nur "polizeilichen Charakter" haben.

Zu groß war bei der Mehrheit die Befürchtung, daß die Interventionsbefürworter am Ende nur die moralische Legitimation für weltweite Interventionen der NATO, der WEU oder gar der Bundeswehr allein liefern könnten. "Wer dem Militär auch nur den kleinen Finger reicht, gerät unweigerlich in den Sog der 'militärischen Logik' und landet bei der Zustimmung zu den Kriegskrediten wie weiland 1914 die Sozialdemokraten...", merkte Ralf Fücks ironisch an.

Daß man seiner Grundeinstellung, Gewalt zu verabscheuen, treu bleiben und dennoch in Ausnahmesituationen bewaffnete Interventionen der Staatengemeinschaft zur Beendigung von Völkermord akzeptieren kann - diese Botschaft kam bei der Mehrheit von Bremen nicht an. Es galt weiterhin der Anspruch, die Kontinuität zur Bewegung gegen Wiederaufrüstung und gegen den Atomtod, zur Frie-

denzbewegung der achtziger Jahre zu bewahren, die Identifikation mit dem legendären "Sag nein", wenn in Deutschland erneut zum Krieg getrommelt werde. Daß dieses "Sag nein" fragwürdig wird, wenn nicht die Wehrmacht einen neuen Eroberungskrieg führt, sondern die Vereinten Nationen (unter der Führung der USA) einen völkermörderischen Krieg beenden wollen - und im Falle Bosniens auch beendet haben-, dies zu akzeptieren fällt manchen schwer. Die Position des Parteilinken Jürgen Trittin zum Friedensvertrag von Dayton ist hierfür ein Beispiel:

"Die Vereinbarung (von Dayton, der Verf.) ist ein echter Fortschritt für die Menschen im ganzen ehemaligen Jugoslawien [...] Die Bevölkerung will den Frieden, das hat die Kriegsherren zum Einlenken gebracht. Hierzu hat insbesondere das Embargo gegen Serbien erheblich beigetragen. Das Abkommen ist so ein später Erfolg der - häufig leider nur halbherzig und einseitig durchgeführten - UN-Sanktionen."

Ist das die ganze Wahrheit? Die internationale Staatengemeinschaft hatte zuvor gravierende Fehler gemacht. Gerade die Staaten im Sicherheitsrat, die immer wieder kräftig auf die Fehlleistungen der UNO verwiesen, waren die gleichen, die ihr nicht die Potentiale zur Verfügung stellen wollten, die sie für ihren Auftrag, z.B. die Schutzzonen zu sichern, gebraucht hätte. Insofern war das Ganze ein durchtriebenes Spiel, um im August/September 1995 die NATO glorreich ins Spiel zu bringen.

Aber hätte deshalb der Einsatz unterbleiben sollen, weil er nicht in das Langzeitziel einer Stärkung der UNO paßte? Kann man - wie Fischer schrieb - "wegen der falschen Adresse die Unterstützung für die Umsetzung des Friedensvertrages verweigern?" Der Einsatz der NATO war zudem das genaue Gegenteil dessen, was den Befürwortern von Interventionen unterstellt wird, nämlich Konflikte militärisch lösen zu wollen. Einen solchen Anspruch vertritt noch nicht einmal der bornierteste Kommißkopp. Die Angriffe der NATO dienten vielmehr dem politischen Ziel, der serbischen Seite endgültig die militärische Siegoption zu nehmen, das multikulturelle-muslimische Symbol Sarajevo serbischem Zugriff zu entziehen und damit die serbischen Extremisten an den Verhandlungstisch zu zwingen. Damit war das Tor für einen Friedensvertrag aufgestoßen, dessen Umsetzung - und das hat ja auch niemand erwartet - noch weit von der Realisierung entfernt ist. Aber das liegt nicht an der Staatengemeinschaft, die sich in ungewöhnlicher Weise in Bosnien zivil bis hin zu einer Art Treuhänderschaft engagiert. IFOR/SFOR bedeutet in diesem Fall "robustes Peacekeeping", die Sicherung eines Waffenstillstandes und die Gewährleistung persönlicher Sicherheit.

Die Ergebnisse der Politik der internationalen Staatengemeinschaft, seit es den Daytoner Vertrag gibt, sind nicht so kritikwürdig, daß sich damit das Argument der reinen Gewaltfreiheit rechtfertigen ließe. Dies wäre darauf hinausgelaufen, auch nach den Massakern in Srebrenica letztlich nur auf diplomatische Mittel zur Konfliktregelung zu setzen und damit dem Morden weiter freien Lauf zu lassen.

Die Grünen auf dem Weg zur außenpolitischen Regierungsfähigkeit?

Grundbedingung für eine friedliche deutsche Außenpolitik ist ihre Einpassungsfähigkeit in die Netzwerke der Kooperation und Integration, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt haben. In der sich globalisierenden Welt sind die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Interdependenzen hoch. Deutschland ist aus wirtschaftlichen Gründen - aber auch wegen seiner Geschichte - besonders fest in diese Interdependenzen eingebunden. Dies entspricht seinem Interesse - und dem seiner Nachbarn. Die Ausdünnung dieser Kooperationsbeziehungen in zentralen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik würde langfristig massive Rückwirkungen auf andere Politikbereiche, einschließlich der wirtschaftlichen, haben. So ist beispielsweise die grüne Zielvorstellung des ökologischen Umbaus der Gesellschaft nicht autonom zu verwirklichen, sondern nur mit und in einem interdependenten Umfeld. In der Welt sich globalisierender Interdependenzen gibt es nicht mehr das nationale Biotop - und Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern und mit der Vergangenheit ist nicht die Schweiz. Die Grenzen von Außen- und Innenpolitik verwischen sich immer mehr, fast jede innenpolitische Ent-

scheidung einer wirtschaftlichen und politischen Mittelmacht wie Deutschland hat Konsequenzen außerhalb der nationalen Grenzen.

Zu diesen Interdependenzen, in die Deutschland eingebunden ist, gehört ein genereller westlicher Wertekonsens von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freier Entfaltung der Persönlichkeit, vor allem auch im wirtschaftlichen Bereich. Er hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg u.a. materialisiert in verschiedenen internationalen Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Europäische Union, die NATO und die OSZE. Jedes Ausseren aus dem generellen westlichen Wertekonsens würde Irritationen fördern, alte Ängste bei den Nachbarn in West und Ost wecken - und zu einem massiven Druck auf Deutschland führen, solche Sonderwege zu unterlassen.

Zu diesen Sonderwegen zählt auch der Antiamerikanismus. Nun hat er mit der Realität so wenig zu tun wie der Antisemitismus mit den Juden, viel aber mit den Deutschen selbst und ihrer Geschichte. Zu einer Korrektur grünen Selbstverständnisses gehörte auch ein wirklichkeitsnahes Bild von den Leistungen und Defiziten amerikanischer Politik, die sich nicht allein auf imperialistische Hegemonialstrategie reduzieren läßt.

Akzeptanz der Vereinten Nationen

Bis heute hat die Mehrheit der Grünen ein gespaltenes Verhältnis zu den Vereinten Nationen. Einerseits wird programmatisch gefordert, ihr mehr Kompetenzen zu geben, ja sogar das Mehrheitsprinzip einzuführen, dem sich deutsche Politik unterwerfen sollte. Andererseits werden solche Forderungen an eine UNO-Reform gekoppelt, die dem vorausgehen müßte, namentlich die Demokratisierung der Vereinten Nationen (was immer das heißen mag), die Abschaffung der Ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat usw. usw. Diese Forderungen werden zudem garniert mit dem allfälligen Verdikt, die UNO sei sowieso nur das Instrument der USA zur Durchsetzung ihrer nationalen Ziele. Da schwingen die altbekannten Töne der Weimarer Rechten und Linken gegen den Völkerbund mit.

Nun ist an der UNO-Kritik bestimmt nicht alles falsch, aber auch nicht alles zutreffend. Sie ist immerhin diejenige Institution, die - im Geiste Immanuel Kants - einen Friedensbund zwischen den Staaten stiften will. Die Vereinten Nationen sind weniger Instrument nationaler Interessenpolitik der USA - das gelegentlich auch -, sondern sie sind meist nur dann handlungsfähig, wenn die Politik der Mehrheit den Interessen der USA und denen der anderen Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat nicht entgegenläuft. Eine solche Analyse der UNO bedeutet einen Wechsel der Perspektive. Die Vereinten Nationen haben in einer solchen Sichtweise einen Handlungsspielraum, der über einen reinen Instrumentcharakter hinausgeht, der ausgeweitet oder verengt werden kann und der damit für politische Eingriffsmöglichkeiten offen ist.

Die Gründer der UNO haben sie nach den schlechten Erfahrungen mit dem Völkerbund gerade nicht zahnlos gemacht, sondern die großen Mächte über den Sicherheitsrat in die Verantwortung eingebunden. Die Vereinten Nationen sind daher eine Kombination aus einem Kollektiven Sicherheitssystem und einem MächtKonzert. Auf Grund dieser Konstruktion der Vereinten Nationen ist der Sicherheitsrat dann handlungsfähig, wenn die Interessen der mächtigen Staaten mit der Moral, der Aufrechterhaltung des UN-Regelwerks, zusammenfallen. Dies ist ein unauflösbarer Widerspruch in einer Welt, in der zwar universale Normen vorhanden sind, aber auch staatliche Interessen, es ist ein unauflösbarer Widerspruch zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungspraxis. Es ist aber ein unschätzbare Fortschritt gegenüber einer nationalstaatlich orientierten Politik, die nur eigene Interessen kennt.

Zwar bestimmen die Ständigen Mitglieder im Prinzip die Grundlinien der UN-Politik, aber jedes Prinzip erlaubt Ausnahmen. Sie sind aber damit zugleich in das Normsystem der Vereinten Nationen eingebunden, und in der sich globalisierenden Welt sind auch Großmächte von der öffentlichen Weltmeinung abhängig, für die die UNO ein wichtiges Forum ist.

Ziel kann also nicht sein, implizit - wie dies grüne Programmatik tut - die unrealistische Forderung nach einer UN-Weltregierung zu stellen, die nur Weltregierungsinteressen hat und diese gegen die partikularen der Mitgliedstaaten durchsetzen soll, sondern von den einzelstaatlichen Interessen auszugehen und sie langfristig mit den universalen kompatibel zu machen. Dies würde bedeuten, dafür einzutreten, daß immer mehr Staaten die Durchsetzung universaler Werte, wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, auch zu ihrem Interesse machen.

Die Kritik an UN-Interventionen dürfte also nicht dahin gehen, sie generell mit dem Verdikt der Interessengebundenheit zu belegen, sondern sie sollte auf den Universalismus des UN-Regelwerks abheben. Dies würde bedeuten, die völkerrechtlich legitime Intervention gegen den Irak nicht mit dem Argument abzulehnen, daß dabei Öl-Interessen im Spiel waren, sondern zu kritisieren, daß dort, wo kein Öl ist, weniger bereitwillig - zivil oder militärisch - interveniert wird. Die UN-Kritik verändert so ihre Stoßrichtung weg vom - letztlich von nationalen Interessen bestimmten - "Nicht mit uns" zu einer konstruktiven universalisierenden Perspektive.

Die Grünen sollten folglich der UNO gegenüber ein positives Verhältnis entwickeln, gerade um sie zu verändern. Nur wer prinzipiell bereit ist, die Vereinten Nationen als Rahmen für das Ziel zu akzeptieren, "zukünftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren", wie es in der Präambel der Charta heißt, kann auch glaubwürdig Vorschläge zu ihrer Reform machen. Dies würde z.B. bedeuten, daß die Grünen ihre Zustimmung dazu geben sollten, wenn das Angebot der UN-Vollversammlung käme, Deutschland solle einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat einnehmen. Zugleich könnte dieser Schritt mit der freiwilligen Selbstbeschränkung Deutschlands verknüpft werden, auf die Wahrnehmung des Vetorechts einseitig zu verzichten. Dies wäre eine Politik, die nicht - wie bisher Grüne forderten - verlangt, daß die anderen sich erst einmal ändern müßten, bevor man bereit sei mitzuarbeiten, sondern mit gutem Beispiel vorangeht, um die anderen mitzuziehen. Welch peinliches Schauspiel wäre es denn auch, wenn eine von grüner Beteiligung getragene Bundesregierung den Wunsch der Vereinten Nationen abschlägig beantworten würde.

Pluralismus in der Gewaltfrage

Die Akzeptanz der Vereinten Nationen hat auch Konsequenzen für die Gewaltfrage. Wichtig wäre, sie der sterilen Dichotomie Pazifismus vs. Kriegsbefürwortung herauszunehmen. Diese unversöhnliche Gegnerschaft hat auch etwas typisch Deutsches.

Gibt es nicht die Möglichkeit, beide Positionen koexistieren zu lassen? An dem individuellen Grundrecht auf Pazifismus und dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung will und darf niemand rütteln. Warum sollte es aber nicht möglich sein, als Partei an der Gewaltfreiheit als Prinzip festzuhalten, jedoch Dilemmasituationen als solche zu akzeptieren, in denen es vertretbar - nicht Pflicht! - sein mag, Gewalt einzusetzen. Es sind die Fälle von Völkermord und massiven Menschenrechtsverletzungen, bei denen militärische Gewalt mit voraussehbarem Erfolg das Leid von Menschen lindern kann - und in denen die Legitimierung zu diesem Einsatz durch die Vereinten Nationen vorliegt. Eine solche Position bedeutet keine Abkehr vom Prinzip der unbedingten Priorität nicht-militärischer Mittel in Fällen von Interventionen der Staatengemeinschaft.

Neues Verhältnis zur NATO

Mit der Gewaltfrage hängt die Positionsbestimmung gegenüber der NATO eng zusammen. Aus der Tradition des Pazifismus und Antiamerikanismus heraus ist die Nordatlantische Allianz von Übel. Der Logik bisheriger Parteitageentscheidungen entsprechend, müßte sie aufgelöst werden. Nur der resignativen Einsicht zuliebe, daß in Europa niemand außer den Grünen dies will, wird in der Alltagspraxis die Umsetzung dieser Forderung auf die lange Bank geschoben.

Mit der Verschiebung der Perspektive von einem bedingungslosen zu einem institutionellen Pazifismus, der mit Hilfe handlungsfähiger internationaler Organisationen Gewalt durch Recht bändigen will, würde auch die NATO in einem neuen Licht erscheinen.

Sie ist in weiten Bereichen noch ein Verteidigungsbündnis und damit auf eine Konfliktstruktur bezogen, die der Vergangenheit angehört. Insofern ist die Osterweiterung ein Element der innereuropäischen Spaltung, die nur durch die Grundakte mit Rußland einigermaßen abgemildert werden konnte. Die NATO übernimmt aber zunehmend auch Aufgaben im Rahmen einer kollektiven Sicherheitsgewährleistung, sowohl nach außen – im Falle Bosniens – als auch nach innen – mit der Aufnahme neuer Mitglieder. Diese Tendenzen gilt es zu unterstützen, weil damit der verteidigungspolitische Charakter der Allianz immer mehr zurückgedrängt würde. Sie entwickelte sich immer mehr zu einer „Euro-Atlantischen Sicherheitsgemeinschaft“ mit einer militärischen Dienstleistungsfunktion für die Vereinten Nationen und gegebenenfalls für die OSZE. Diese wären damit in ihrer Bedeutung durch die Entlastung von Aufgaben, deren Erfüllung sie überforderte, eher gestärkt als geschwächt.

Verzicht auf apokalyptische Horrorszenarien

Daß grüne Außenpolitik keinem neuen Militärinterventionismus, weder von der NATO, noch der Westeuropäischen Union, noch der UNO und schon gar nicht im nationalen Rahmen Vorschub leisten sollte, bedarf keiner besonderen Begründung. Aber ist die Gefahr einer militarisierten Außenpolitik Deutschlands oder der Europäischen Union wirklich so groß? Meiner Ansicht nach ist die Angst der Mehrheit bei den Grünen vor Entwicklungen zu einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik oder Europäischen Union übertrieben. Es ist die alte, eingeübte Haltung des Alarmismus, der die Welt in die Katastrophe abgleiten sieht.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist die anfängliche Hoffnung, mit militärischen Mitteln die Voraussetzungen für Konfliktregelungen schaffen zu können, einer Ernüchterung gewichen. Es setzt sich eher eine Politik der "Friedenskonsolidierung" durch, mit der einmal ausgehandelte Regelungen durch "robustes" Peace-keeping abgesichert und dabei ein staatliches Gewaltmonopol bei der Sicherung der körperlichen Unversehrtheit und eines Rahmens für Rechtsstaatlichkeit wiederhergestellt wird („Friedenskonsolidierung“). Dies als Militarisierung der Außenpolitik zu denunzieren und der Bundesregierung vorzuwerfen, sie bereite eine weltweite Interventionspolitik vor, evtl. sogar im nationalen Alleingang, zeugt von einer ziemlich getrüben Sicht auf die Realität.

Öffnung für die WechselwählerInnen

Die Wählbarkeit der Grünen hängt meines Erachtens stark davon ab, ob sie sich in den Erwartungshorizont des internationalen Umfeldes als verlässlicher Garant einer deutschen Westbindung einfügen. Diese Einpassungsfähigkeit in den internationalen Kontext, speziell in den europäischen der NATO und EU, aber auch der UNO, wird ein wichtiges Moment dafür sein, ob das Wahlvolk die Partei für regierungsfähig hält.

Parteien verbuchen für sich nicht die entscheidenden Prozentpunkte "in der Mitte", wenn sie außenpolitische Konflikte anzuzetteln versprechen. Die Opposition zur Wiederbewaffnung und NATO-Integration in den fünfziger sowie gegen die "Nachrüstung" in den achtziger Jahren hat die SPD unter dem Strich mehr Stimmen gekostet als ihr eingebracht. Dies mag man für bedauerlich halten, es ist aber eine Realität. Bisher läßt sich auch nicht absehen, daß dieser "permissive consensus" für eine Westbindung, der sich durch die ganze Nachkriegsgeschichte Westdeutschlands zieht, von einer größeren Bereitschaft abgelöst würde, sich aus dem westeuropäisch/westlichen Verbund durch eine stärkere Betonung von deutschen "Sonderrollen" abzusetzen.

Den Grünen steht ihr außenpolitisches Godesberg noch bevor.